Multilaterale Kooperation

Die Nationalbank engagiert sich im Rahmen ihres Mandats in verschiedenen multilateralen Institutionen: dem Internationalen Währungsfonds (IWF), der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), dem Financial Stability Board (FSB), der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und dem Network for Greening the Financial System (NGFS); sie nimmt auf Einladung auch an gewissen Treffen der G20 teil. Die Mitwirkung im IWF, im FSB, in der OECD und in der G20 erfolgt in Zusammenarbeit mit dem Bund und im Fall des FSB auch mit der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht (FINMA).

Bank für Internationalen Zahlungsausgleich

Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) mit Sitz in Basel ist eine Organisation, welche die Zusammenarbeit im Währungs- und Finanzbereich fördert und Zentralbanken als Bank und Forum dient. Die Nationalbank stellt seit der Gründung der BIZ im Jahr 1930 eines der 18 Mitglieder des Verwaltungsrats. Der Präsidenten des Direktoriums der SNB vertritt die Nationalbank im Verwaltungsrat, dem obersten Entscheidungsgremium der BIZ.

Die Gouverneure der Zentralbanken der BIZ-Mitgliedländer treffen sich alle zwei Monate im Rahmen verschiedener Sitzungen (Bimonthly Meetings), um sich über die Entwicklung der Weltwirtschaft sowie des internationalen Finanzsystems auszutauschen und um die Arbeit der verschiedenen Ausschüsse zu leiten und zu beaufsichtigen.

BIZ (auf Englisch)

Mitwirkung der Nationalbank

Die Nationalbank wirkt in den vier ständigen Ausschüssen der BIZ mit: dem Basler Ausschuss für Bankenaufsicht (Basel Committee on Banking Supervision), dem Ausschuss für Zahlungsverkehr und Marktinfrastrukturen (Committee on Payments and Market Infrastructures), dem Ausschuss für das weltweite Finanzsystem (Committee on the Global Financial System) sowie dem Märkteausschuss (Markets Committee). Darüber hinaus nimmt sie in verschiedenen Fachgremien Einsitz. Mit der Entsendung ihrer Experten stellt die Nationalbank ihr Fachwissen zur Verfügung und hilft mit, das weltweite Währungs- und Finanzsystem zu stärken und zu unterstützen. Zudem stellt sie sicher, dass die Interessen der Schweiz angemessen berücksichtigt werden.

Der Basler Ausschuss (BCBS) erlässt Empfehlungen und setzt internationale Standards im Bereich der Bankenaufsicht. Er setzt sich aus hochrangigen Vertretern der Bankenaufsichtsinstanzen und Zentralbanken von 28 Jurisdiktionen zusammen. Dazu gehört auch die Schweiz, die durch die FINMA sowie die Nationalbank vertreten ist.

Der Ausschuss für Zahlungsverkehr und Marktinfrastrukturen (CPMI) fördert die Sicherheit und

Effizienz des bargeldlosen Zahlungsverkehrs und der Marktinfrastrukturen, über die Finanzmarktgeschäfte abgerechnet oder abgewickelt werden.

Der Ausschuss für das weltweite Finanzsystem (CGFS) überwacht die Entwicklungen der globalen Finanzmärkte und analysiert deren Auswirkungen auf die Finanzstabilität.

Der Märkteausschuss befasst sich mit den laufenden Entwicklungen an den Geld-, Devisen-, Kapital- und Rohstoffmärkten sowie deren Funktionsfähigkeit.

BIS Innovation Hub

Der BIS Innovation Hub wurde 2019 gegründet und hat Zentren in der Schweiz, Hongkong, Singapur, London und Stockholm sowie demnächst in Paris/Frankfurt und Toronto. Zudem wurde eine strategische Partnerschaft mit der Federal Reserve Bank of New York abgeschlossen. Ziel des Innovation Hub ist es, vertiefte Erkenntnisse über relevante technologische Entwicklungen zu gewinnen, welche die Aufgaben von Zentralbanken betreffen, und öffentliche Güter im Technologiebereich zu entwickeln, um das Funktionieren des globalen Finanzsystems weiter zu verbessern. Im Schweizer Zentrum des BIS Innovation Hub mit Büros in Basel und Zürich arbeiten Mitarbeitende der BIZ und der SNB an verschiedenen Projekten. Eine Auswahl von laufenden und abgeschlossenen Projekte wird unten beschrieben.

BIS Innovation Hub (auf Englisch)

Projekte im Schweizer Zentrum

Die ersten beiden Phasen von Projekt Helvetia entstanden in Zusammenarbeit zwischen der SNB, der BIZ und der SIX Group AG als Betreiberin der Schweizer Finanzmarktinfrastruktur. In Phase II waren zusätzlich fünf Geschäftsbanken beteiligt. Projekt Helvetia ging anschliessend ohne Beteiligung der BIZ in den Helvetia-Pilotbetrieb über.

In Phase I stand die Bereitstellung von Zentralbankgeld für Finanzinstitute auf einer Finanzmarktinfrastruktur zur Aufbewahrung und Übertragung von digitalen (token-basierten) Wertschriften, die auf einer Distributed-Ledger-Technologie (DLT) basiert, im Zentrum. Genutzt wurde dazu das Testsystem von SDX (SIX Digital Exchange), der regulierten Plattform für digitale Wertschriften von SIX. Konkret wurden zwei Ansätze zur Abwicklung digitaler Wertschriften in Zentralbankengeld untersucht, die sich beide aus technischer und rechtlicher Sicht als machbar herausstellten.

Mit der Ausgabe von Wholesale CBDC (digitales Zentralbankengeld für Finanzinstitute) auf SDX wurde eine integrierte Abwicklung von Transaktionen untersucht. Mit dem RTGS-Link (Schnittstelle zwischen der SDX und dem Schweizer Zahlungssystem Swiss Interbank Clearing, SIC) wurde eine synchronisierte Abwicklung geprüft. Der RTGS-Link nutzte dabei bestehende Funktionalitäten des SIC-Systems.

In Phase II wurde die Integration von Wholesale CBDC in bestehende Kernbankensysteme sowie in

Prozesse von Geschäfts- und Zentralbanken getestet.

Die SNB gibt derzeit im Rahmen des laufenden Helvetia-Pilotbetriebs Wholesale CBDC für die Abwicklung verschiedener Finanzmarkttransaktionen auf der SDX-Plattform aus.

Projekt Jura untersuchte die Abwicklung von Franken- und Euro-Devisentransaktionen in Wholesale CBDCs sowie die Ausgabe, die Übertragung und die Rücknahme eines tokenisierten, in Euro denominierten "Commercial Papers" zwischen französischen und schweizerischen Finanzinstitutionen. Das Projekt setzte die von der SNB und dem BIS Innovation Hub unter der Bezeichnung Projekt Helvetia durchgeführten Machbarkeitsstudien fort und ist Teil einer Serie von Wholesale-CBDC-Experimenten, die von der BdF im Jahr 2020 initiiert wurde.

Das Experiment untersuchte die direkte Übertragung von Franken- und Euro-Wholesale-CBDCs zwischen französischen und schweizerischen Geschäftsbanken auf einer einzigen Plattform. Es handelt sich dabei um eine von einer Drittpartei betriebenen Plattform, die auf der Distributed Ledger Technologie (DLT) basiert. Die Transaktionen mit tokenisierten Vermögenswerten und Devisentransaktionen wurden mittels payment-versus-payment- und delivery-versus-payment-Mechanismen sicher und effizient abgewickelt. Das Experiment wurde in einer quasi realen Umgebung mit echten Werttransaktionen durchgeführt und erfüllte die aktuell geltenden regulatorischen Anforderungen.

Die Ausgabe von Wholesale CBDCs auf einer Drittplattform und das Gewähren von direktem Zugang zu Zentralbankgeld an regulierte ausländische Finanzinstitute wirft komplexe geldpolitische Fragen auf. Das Projekt erprobte einen neuen Ansatz mit Sub-Netzwerken und "Dual Notary Signing". Dieser könnte den Zentralbanken das nötige Vertrauen bezüglich der Ausgabe von Wholesale CBDCs auf Drittplattformen und des Gewährens von Zugang zu Zentralbankgeld an ausländische Finanzinstitute geben.

Das Projekt Jura bildet einen Beitrag zu den laufenden Arbeiten der G20 betreffend den grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr. Das Experiment ist rein exploratorischer Natur und darf nicht als Hinweis auf eine geplante Ausgabe von Wholesale CBDCs durch die BdF oder die SNB interpretiert werden.

Das Projekt Mariana untersuchte den grenzüberschreitenden Handel und die Abwicklung von Devisenkassageschäften in Wholesale CBDCs in Schweizer Franken, Euro und Singapur-Dollar zwischen simulierten Finanzinstituten auf Grundlage neuer Technologiekonzepte aus dem dezentralisierten Finanzwesen (DeFi).

Die Machbarkeitsstudie beruhte auf (i) einem gemeinsamen technischen Token-Standard einer öffentlichen Blockchain, um den Austausch und die Interoperabilität zwischen den verschiedenen Währungen zu ermöglichen, auf (ii) Brücken für die nahtlose Übertragung von Wholesale CBDC zwischen verschiedenen Netzwerken und auf (iii) einem sogenannten Automated Market Maker (AMM), d.h. einer bestimmten dezentralisierten Marktform, die den Handel und die Abwicklung von Devisenkassageschäften automatisiert.

Die Machbarkeitsstudie wurde von der SNB gemeinsam mit der Banque de France, der Monetary Authority of Singapore und drei Zentren des BIZ-Innovation-Hubs (Schweiz, Eurosystem und Singapur) durchgeführt.

In Projekt Rio wird ein Prototyp einer Plattform zur Beobachtung von hochfrequenten Märkten entwickelt. Der Handel, z.B. an Devisenmärkten, hat sich durch neue Technologien in den letzten Jahrzehnten stark beschleunigt und ist zunehmend fragmentiert, d.h., findet auf immer mehr Plattformen parallel statt. Dies stellt die Zentralbanken vor die Herausforderung, den Entwicklungen an den hochfrequenten Märkten zu folgen. Der im Schweizer Zentrum entwickelte

Prototyp soll es ermöglichen, die schnellen Marktbewegungen und die grossen Datenmengen von verschiedenen Handelsplätzen in Echtzeit zu verarbeiten. Damit wird den Zentralbanken ein Instrument zur Beobachtung und Analyse der Handelsbedingungen über das Funktionieren des Marktes zur Verfügung gestellt.

Im Projekt Tourbillon wurden zwei Prototypen einer Retail-CBDC-Plattform entwickelt, die der zahlenden Partei eine bargeldähnliche Anonymität ermöglichen. Zahlungen anonym zu tätigen entspricht einem Bedürfnis der Bevölkerung. Das Konzept der Anonymität der Zahler bietet Konsumentinnen und Konsumenten eine bargeldähnliche Anonymität, nicht jedoch den Zahlungsempfängern. In diesen Prototypen gibt eine Konsumentin, die einen Händler mit Retail CBDC bezahlt, niemandem persönliche Daten preis; weder dem Händler, noch den Banken oder der Zentralbank. Die Identität des Händlers wird jedoch der Bank des Händlers (als Teil der Zahlung) offengelegt und dort wie üblich vertraulich behandelt. Dieses Konzept trägt dazu bei, Steuerhinterziehung oder illegale Zahlungen einzudämmen. Die Zentralbank kann zur Verhinderung von Fälschungen zwar den Transaktionsbetrag einsehen, erfährt aber keine Einzelheiten über die Konsumentin oder den Konsumenten bzw. den Händler.

Einer der beiden Prototypen setzte zudem einen Ansatz zur Erhöhung der Sicherheit gegenüber Quantencomputer-Attacken um. Dazu wurden sogenannte quantensichere Blind Signatures eingesetzt. Es konnte gezeigt werden, dass der Ansatz zwar möglich ist, aber das Transaktionsvolumen gegenüber dem anderen Ansatz mit konventioneller Kryptografie deutlich reduziert würde, und zudem ein zusätzlicher Aufwand für Forschung und Entwicklung nötig wäre.

Im Projekt Promissa wird die Tokenisierung von sogenannten Promissory Notes untersucht. Promissory Notes sind Finanzinstrumente, die unter anderem von multilateralen Entwicklungsbanken für ihre Finanzierung eingesetzt werden. Mittels Tokenisierung sollen die heute papierbasierten Instrumente einfacher verwahrt und verwaltet werden können, um Kosten und Fehlerquellen zu senken. Das Projekt ist eine Zusammenarbeit zwischen dem BIZ-Innovation-Hub, der Weltbank und der SNB.

Das Projekt Neo soll Zentralbanken durch die Erschliessung neuartiger Datenquellen und deren Analyse mittels innovativer Methoden wie künstlicher Intelligenz (KI) bei der geldpolitischen Entscheidungsfindung unterstützen. Statistische Erhebungen stehen oft erst mit einer signifikanten zeitlichen Verzögerung zur Verfügung. Ziel des Projektes ist daher, z.B. die Wirtschaftsaktivität mit Hilfe von Daten zum Personen- und Gütertransport, zur Luftverschmutzung, zum Elektrizitätsverbrauch, zum Detailhandel und zum Zahlungsverkehr zeitnah und granular messen zu können.

Im Projekt Agorá untersucht die BIZ zusammen mit sieben Zentralbanken (Banque de France stellvertretend für das Eurosystem, Bank of Japan, Bank of Korea, Banco de México, SNB, Bank of England und Federal Reserve Bank of New York), wie sich tokenisierte Kundeneinlagen bei Geschäftsbanken und Wholesale CBDC nahtlos in eine programmierbare Finanzplattform mit öffentlich-privatem Charakter integrieren lassen, um Ineffizienzen im grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr zu überwinden.

Financial Stability Board

Das Financial Stability Board (FSB) wurde im Auftrag der G20 im Nachgang zur Finanzkrise 2009 geschaffen. Die Aufgabe des FSB besteht darin, zur globalen Finanzstabilität beizutragen, indem regulatorische, aufsichtsrechtliche und andere Massnahmen im Finanzsektor koordiniert werden. Dazu vereinigt das FSB die für die Finanzstabilität zuständigen nationalen Behörden (Zentralbanken, Aufsichtsbehörden und Finanzministerien), internationale Organisationen und normgebende Instanzen.

FSB (auf Englisch)

Mitwirkung der Nationalbank

Die Nationalbank vertritt die Schweiz gemeinsam mit dem Eidgenössischen Finanzdepartement (EFD) in der Plenarversammlung (Plenary) des FSB. Die Nationalbank ist zudem Mitglied des Steuerungsausschusses (Steering Committee) und des Ausschusses für die Beurteilung von Risiken (Standing Committee on Assessment of Vulnerabilities). In den weiteren Ausschüssen (Standing Committee on Supervisory and Regulatory Cooperation, Standing Committee on Standards Implementation, Standing Committee on Budget and Resources) und Arbeitsgruppen ist die Vertretung der Schweiz zwischen der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht (FINMA), dem EFD und der Nationalbank aufgeteilt, die jeweils in enger Zusammenarbeit die Schweizer Position festlegen.

Risiken im Finanzsystem

Das FSB befasst sich insbesondere mit Risiken im Finanzsystem und mit den entsprechenden Massnahmen, um diesen Risiken zu begegnen. In diesem Zusammenhang hat das FSB eine Reihe von Reformen des Finanzsystems bewirkt.

Internationaler Währungsfonds

Der Internationale Währungsfonds (IWF) setzt sich für die Stabilität des globalen Währungs- und Finanzsystems sowie für makroökonomische Stabilität und Finanzstabilität in seinen Mitgliedländern ein. Seine Haupttätigkeiten sind die wirtschaftspolitische Überwachung, die Finanzhilfe an Länder mit

IWF (auf Englisch)

Mitwirkung der Nationalbank

Der IWF ist die zentrale Institution für die internationale Währungskooperation für die Schweiz. Die Mitgliedschaft der Schweiz wird vom Eidgenössischen Finanzdepartement (EFD) und von der Nationalbank gemeinsam wahrgenommen. Der Präsident des Direktoriums der Nationalbank vertritt die Schweiz im Gouverneursrat, dem obersten Entscheidungsgremium des IWF, das aus einem Vertreter jedes Mitgliedlandes besteht. Der Vorsteher des EFD ist eines von 24 Mitgliedern

im Internationalen Währungs- und Finanzausschuss (IMFC), dem Steuerungsgremium des IWF.

Die Schweiz ist seit 1992 Mitglied. Sie bildet gemeinsam mit Aserbaidschan, Kasachstan, Kirgistan, Polen, Serbien, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan eine Stimmrechtsgruppe. Der Exekutivdirektor der Stimmrechtsgruppe hat einen der 24 Sitze im Exekutivrat, dem wichtigsten operativen Organ des IWF, inne. Den Exekutivdirektor der Stimmrechtsgruppe stellen die Schweiz und Polen seit November 2014 jeweils abwechselnd für zwei Jahre. Die Stelle des Schweizer Exekutivdirektors wird wechselweise von einem Vertreter des EFD und der Nationalbank besetzt. Das EFD und die Nationalbank legen die Politik der Schweiz im IWF fest und unterstützen den Exekutivdirektor der Stimmrechtsgruppe bei der Führung der Geschäfte.

Länderberichte zur Wirtschaftspolitik der Schweiz

Der IWF verfolgt und überprüft regelmässig - normalerweise einmal pro Jahr - die wirtschaftliche Entwicklung aller Mitgliedländer. Zudem überprüft er die Stabilität des Finanzsystems der Mitgliedländer ca. alle fünf Jahre.

Die letzten Assessments sind über die untenstehenden Links verfügbar.

Finanzielle Leistungen der Schweiz gegenüber dem IWF

Die folgenden mit der Mitgliedschaft beim IWF verbundenen finanziellen Leistungen werden von der Nationalbank erbracht (Stand Ende Oktober 2024).

	Maximalbetrag	**Beansprucht**	**Noch beanspruchbar**
Quote	5'771 Mio. SZR (6'748 Mio. CHF)	1'467 Mio. SZR (1'715 Mio. CHF)	4'304 Mio. SZR (5'033 Mio. CHF)
NKV	11'081 Mio. SZR (12'957 Mio. CHF)	0 Mio. SZR (0 Mio. CHF)	11'081 Mio. SZR (12'957 Mio. CHF)
Bilaterale Kreditlinie	3'132 Mio. SZR (3'662 Mio. CHF)	0 Mio. SZR (0 Mio. CHF)	3'132 Mio. SZR (3'662 Mio. CHF)
PRGT	1'357 Mio. SZR (1'587 Mio. CHF)	857 Mio. SZR (1'003 Mio. CHF)	500 Mio. SZR (585 Mio. CHF)
RST	500 Mio. SZR (585 Mio. CHF)	500 Mio. SZR (585 Mio. CHF)	0 Mio. SZR (0 Mio. CHF)
SZR Voluntary Trading Arrangement	4'410 Mio. SZR (5'156 Mio. CHF)	541 Mio. SZR (632 Mio. CHF)	3'869 Mio. SZR (4'524 Mio. CHF)

Das Sonderziehungsrecht (SZR) ist die Recheneinheit des IWF, die sich aus den gewichteten Kursen der Währungen US-Dollar, Euro, chinesischer Renminbi, Yen und Pfund berechnet.

Die Quoten bilden die wichtigste Finanzierungsquelle des IWF. Die Quoten der IWF-Mitgliedländer orientieren sich an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit eines Landes. Die Quote der Schweiz beträgt 5'771,1 Mio. SZR, was 1,21% der IWF-Gesamtquote von 477 Mrd. SZR entspricht. Der beanspruchte Teil der Schweizer Quote, der dem IWF zur Verfügung gestellt wird, ist eine liquide Position, welche die SNB auf Verlangen beziehen kann.

Die Neuen Kreditvereinbarungen (NKV) bilden ein finanzielles Sicherheitsnetz für den IWF. Unter

den NKV können dem IWF ergänzend zu seinen regulären Mitteln bei Bedarf bis zu 361 Mrd. SZR zur Verfügung gestellt werden. An den NKV beteiligen sich zurzeit 38 Länder. Die maximale Kreditzusage der Nationalbank unter den NKV beträgt 11'081,3 Mio. SZR. Der beanspruchte Teil der Schweizer Quote und die beanspruchten Mittel unter den NKV gehören zu den Währungsreserven.

Bilaterale Kreditvereinbarungen stärken die Darlehenskapazität des IWF, wenn die Ressourcen aus Quoten und NKV weitgehend ausgeschöpft sind. Bislang haben zahlreiche Mitgliedstaaten bzw. ihre Zentralbanken im Rahmen von bilateralen Kreditvereinbarungen Mittel in Höhe von insgesamt über 138 Mrd. SZR zugesagt. Die SNB hat dem IWF eine bilaterale Kreditlinie von 3'662 Mio. Franken gewährt.

Der Treuhandfonds für Armutsbekämpfung und Wachstum (Poverty Reduction and Growth Trust, PRGT) vergibt Kredite an einkommensschwache Mitgliedländer zu Vorzugsbedingungen. Der PRGT wird über bilaterale Beiträge und IWF-eigene Mittel finanziert. Die Nationalbank erbringt den schweizerischen Beitrag zum PRGT-Kapital in Form von Krediten. Der Bund garantiert der Nationalbank die fristgerechte Rückzahlung der Kredite einschliesslich der Zinsen; zudem finanziert er die Zinssubventionen.

Der Treuhandfonds für Resilienz und Nachhaltigkeit (Resilience and Sustainability Trust, RST) vergibt Kredite an ärmere und vulnerable IWF-Mitgliedsländer. Diese Kredite unterstützen längerfristige makroökonomische Reformen und strukturelle Massnahmen zur Bewältigung des Klimawandels sowie bei der Pandemievorsorge. Damit soll nicht zuletzt die Stabilität und Resilienz des globalen Finanzsystems gestärkt werden. Der RST wird durch freiwillige Darlehen und Beiträge der Gläubigerländer finanziert. Die Nationalbank stellt dem IWF ein Darlehen zur Verfügung, das analog zum PRGT durch den Bund garantiert wird.

Das Sonderziehungsrecht (SZR) ist nicht nur eine Recheneinheit, sondern auch eine vom IWF geschaffene Reservewährung und ein internationales Zahlungsmittel. Im Rahmen des Voluntary Trading Arrangement mit dem IWF hat sich die SNB verpflichtet, SZR gegen Devisen (US-Dollars, Euros) bis zu einer vereinbarten Höchstlimite von ±4410 Mio. SZR zu kaufen oder zu verkaufen.

Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung bezweckt eine bessere Politik für ein besseres Leben. Alle Informationen zur OECD finden Sie hier.Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung bezweckt eine bessere Politik für ein besseres Leben. Alle Informationen zur OECD finden Sie hier.

OECD (auf Englisch)

Mitwirkung der Nationalbank

Die Schweiz ist Gründungsmitglied der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Sie setzt sich in den intergouvernementalen Ausschüssen für die Weiterentwicklung der wirtschafts-, sozial- und entwicklungspolitischen Beziehungen unter den 36 Mitgliedländern ein. Vertreten durch den Bund nimmt die Schweiz Einsitz im Rat, dem obersten Entscheidungsorgan der OECD. Die Schweiz beteiligt sich entsprechend ihrer wirtschaftlichen Grösse und entscheidet beim Arbeitsprogramm und Jahresbudget mit.

Die Nationalbank nimmt die Mitgliedschaft im wirtschaftspolitischen Ausschuss (Economic Policy Committee), im Finanzmarktausschuss (Committee on Financial Markets) und im Statistikausschuss wahr. Der wirtschaftspolitische Ausschuss und dessen Arbeitsgruppen befassen sich auf der politischen und wissenschaftlichen Ebene mit den aktuellen Entwicklungen der Weltwirtschaft sowie mit Fragen der Strukturpolitik.

Der Finanzmarktausschuss analysiert die aktuellen Entwicklungen an den internationalen Finanzmärkten und befasst sich mit Regulierungsfragen. Der Statistikausschuss entwickelt in Koordination mit anderen internationalen Organisationen Standards für die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung.

Länderbericht zur Wirtschaftspolitik der Schweiz

G20

Die G20 ist der Zusammenschluss der 19 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer plus der Europäischen Union. Diese repräsentieren rund 80 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung und etwa zwei Drittel der weltweiten Bevölkerung. Obwohl die Beschlüsse nicht bindend sind, spielt die G20 als globales Forum bei Wirtschafts-, Finanz- und Währungsfragen im internationalen Kontext eine zentrale Rolle.

Die Schweiz nimmt auf Einladung am sogenannten "Finance Track" der G20 teil. Dazu gehören die Treffen der Finanzminister und Zentralbankgouverneure der Mitgliedländer, die entsprechenden Stellvertretertreffen sowie verschiedene Arbeitsgruppen.

Die Einladung erfolgt jeweils durch dasjenige Mitgliedland, welches die Präsidentschaft der G20 ausübt. Bisher wurde die Schweiz von Russland (2013), China (2016), Deutschland (2017), Argentinien (2018) sowie Japan (2019) zur Teilnahme eingeladen.

Für die Schweiz mit ihrer offenen Volkswirtschaft und ihrem bedeutenden Finanzplatz ist die Teilnahme an diesem wirtschaftspolitischen Forum von grosser Bedeutung. Die schweizerischen Interessen werden vom Eidgenössischen Finanzdepartement (EFD) und von der Nationalbank gemeinsam wahrgenommen.

Network for Greening the Financial System

Das "Central Banks and Supervisors Network for Greening the Financial System" (NGFS) ist ein Netzwerk von Zentralbanken und Aufsichtsbehörden, das am "Paris One Planet Summit" im Dezember 2017 lanciert wurde. Das NGFS hat sich zum Ziel gesetzt, die finanziellen Risiken des Klimawandels besser zu verstehen und zu steuern.

Die Aktivitäten des NGFS sind in verschiedenen Arbeitsgruppen organisiert. Diese decken die mikroökonomischen Faktoren und die makroökonomischen Einflusskanäle ab, durch welche der Klimawandel sich auf die Realwirtschaft und die Finanzstabilität auswirken kann. Die Teilnehmer am NGFS wollen sich zudem, auf freiwilliger Basis, austauschen über die besten Methoden, um die

Konsumenten zu schützen und Vermögensverwaltern, die nachhaltig investieren wollen, Rat anzubieten.

NGFS (auf Englisch)

Beteiligung der SNB

Im Einklang mit ihrer langen Tradition im Bereich der internationalen Kooperation wurde die SNB im April 2019 Mitglied des NGFS. Mit ihrem Beitritt bezweckt die SNB, sich am Erfahrungsaustausch zu beteiligen, um dadurch die potenziellen Auswirkungen von Klimarisiken auf die makroökonomischen Entwicklungen und die Finanzstabilität besser zu verstehen und zu antizipieren. An der Plenarversammlung des NGFS sind sowohl die SNB als auch die FINMA vertreten.

Das könnte Sie auch interessieren

Bilaterale Kooperationen

Die SNB engagiert sich auf vielfältige Art im Bereich der bilateralen Kooperation.

Das Datenportal der SNB

Auf dem Datenportal finden Sie ein umfangreiches Datenangebot zu Geldpolitik und zur Wirtschaft.

Zahlungsverkehr

Die SNB muss das Funktionieren bargeldloser Zahlungssysteme garantieren und erleichtern.